

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 98 (1972)
Heft: 30

Illustration: Wir fordern den 32. Juli statt den 1. August!!
Autor: Scapa, Ted

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

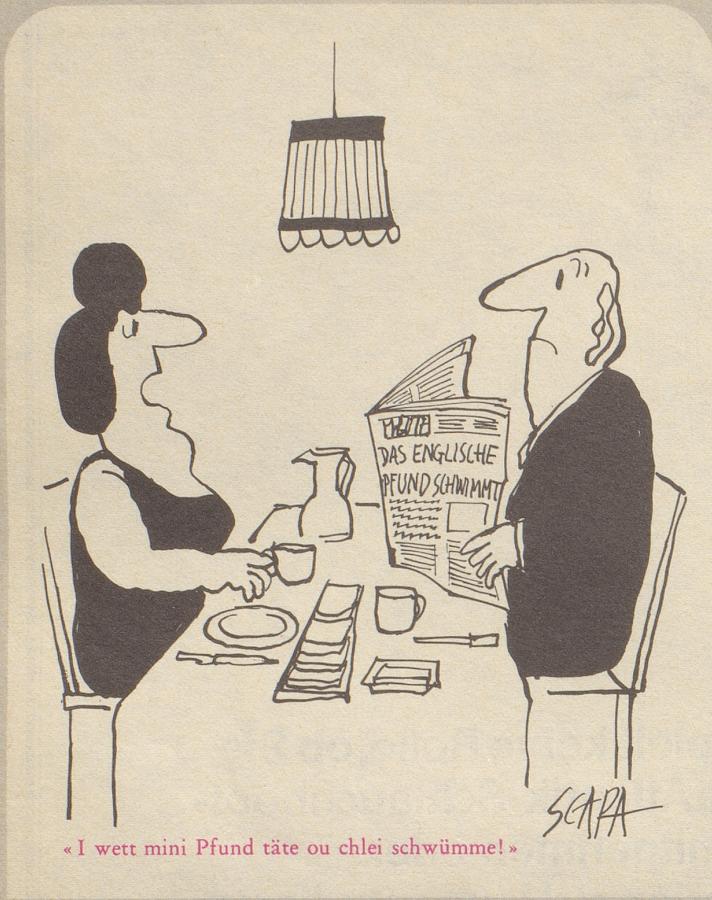
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

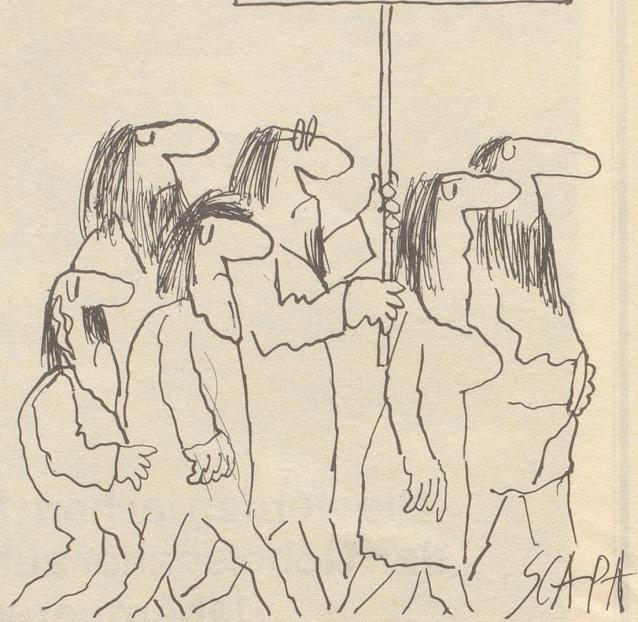
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



WIR FORDERN
DEN 32. JULI STATT
DEN 1. AUGUST!!



« I wett mini Pfund täte ou chlei schwümme! »

AbisZ ruft über die Grenze

DER UNBOTMÄSSIGE PAPST

Es ist oft schwer, eine Satire ungeschrieben zu lassen. Manchmal ist es sogar allzu schwer. Da muß man einfach, auch auf die Gefahr hin, in seine Schranken – d. h. in seine Landesgrenzen – gewiesen zu werden. Auf gut Glück oder schlecht Pech überschreiten wir also ausnahmsweise wieder einmal die Rheingrenze nach Norden. Drücken Sie uns die Daumen!

Bonn, 30. 6. Während die deutsche Bischofskonferenz die Vatikan-Entscheidung über die Bistumsregelung im Oder-Neiße-Gebiet «respektiert», hat Oppositionsführer Rainer Candidus Barzel mit 24-stündiger Verspätung «Bedauern» angemeldet. «Scharfen Protest» erhoben die Vertriebenenverbände.

Man weiß: Die Bundesregierung hat sich im Warschauer Vertrag mit der tatsächlichen Grenze gegen Polen abgefunden. Die Verträglichen in aller Welt atmeten

erleichtert auf und mochten Bundeskanzler Brandt den Friedens-Nobelpreis von Herzen gönnen, den er für die Aussöhnung mit dem Osten verliehen bekam. Nur Herr Barzel und die Seinen...

Der Papst habe «die Bundestagsresolution mißachtet», die festhält, daß die Regelung im Osten noch kein endgültiger Friedensvertrag sei. Herr Barzel will zwar «die seelsorgerischen Bedürfnisse nicht gering achten», die den Vatikan veranlaßten, nach mehr als einem Vierteljahrhundert des geistlichen Provisoriums mit all seinen Nachteilen für die Katholiken, endlich die sechs polnischen Diözesen voll zu erkennen. Herr Barzel aber kann nicht umhin, zu «bedauern», daß der Vatikan «mit diesem Schritt politische Mißverständnisse erzeugt habe». – Mißverständnisse? Was ist da überhaupt mißzuverstehen? Die politische Tatsache des verlorenen Kriegs?

Nun, die Schwierigkeiten des Herrn Barzel, sich einerseits mit dem Vatikan, anderseits mit seinen Supportern im Lager der Berufsvertriebenen auseinanderzusetzen, dürften größer sein als die Schwierigkeiten des Vatikans, mit Herrn Barzels «Bedauern» fertig zu werden. Besonders, da es der Oppositionsführer und (formell noch Vorsitzende) Kanzlerkandidat peinlich vermeidet, gegen den Papst zu polemisieren, der letztlich den Entscheid zugunsten der polnischen Christen fällt. Herr Barzel hat einen verblüffenden Ausweg aus seinem Dilemma als Partei-Christ und als Kirchen-Christ gefunden:

Schuld am Entscheid des Vatikans ist nicht Papst Paul VI., sondern «die gegenwärtige Bundesregierung» Brandt/Scheel. Diese habe «den deutschen Standpunkt in der Frage der Bistumsgliederung nicht echarf genug vertreten». Aha, so ist das also. Da schließt diese so-

zial-liberale Koalition zuerst landesverräterische Ostverträge ab, und dann verabsäumt sie erst noch, dem Heiligen Vater mit ernsthaften Ermahnungen zu befehlen, sich ja nicht auf die deutsch-polnischen Vertragsbedingungen zu berufen und Konsequenzen daraus zu ziehen. Womit die Bundesregierung hätte Nachdruck hinter diese Forderung setzen müssen, ist schwer zu sagen, hätte doch sogar der diplomierte Politchrist Rainer Candidus Barzel in der Schlußphase der Konfrontation zu den Ostverträgen gerne ja gesagt, wenn sein Vorgesetzter, Franz Josef Strauß, ihm die Erlaubnis dazu erteilt hätte. Nun ist Herr B. nachträglich froh, daß man ihn nicht ja sagen ließ, sondern ihn zur Stimmenthaltung in der entscheidenden Frage seines Staates zwang. Er hätte die charaktervolle Reihe vom: «So nicht!» übers: «Aber vielleicht so